

Die Steigerungen.

Meinungen von Mietern und Vermietern.

Zu unserem Bericht über den Friedenauer Haus- und Grundbesitzerverein in der gestrigen Abendnummer schiebt uns der „Hausbesitzerverband zur Regelung des Zentralheizungswesens“ folgende Erklärung:

„Der Hausbesitz befindet sich in einer außerordentlich mißlichen Lage. Die Hypothekenzinsen und die Unkosten der Erhaltung der Häuser sind erheblich gestiegen, während die Mieten seit Jahren eine sinkende Tendenz haben. In besonders mißlicher Lage befinden sich die Hausbesitzer, welche den Mietern Zentralheizung und Warmwasser liefern. Ganz abgesehen von den großen Schwierigkeiten der Beschaffung des genügenden Heizmaterials sind die Preise desselben unter Berücksichtigung der verminderten Heizkraft des Koks um über 160 v. H. gestiegen; diese Tatsachen bedrohen einen großen Teil der Hausbesitzer mit dem völligen Untergange. Aus diesem Grunde hat der unterzeichnete Verband an seine Mitglieder die Aufforderung gerichtet, bei Verträgen, die zum 1. Oktober d. J. kündbar sind, eine Verlängerung der Kontrakte nur dann vorzunehmen, wenn als Teil-Entgelt der Mehrkosten der Heizung ein Zuschlag der Miete von 10 v. H. bewilligt wird. Ein großer Teil der Mieter, deren Kontrakte nicht abgelaufen sind, hat aus Billigkeitsgründen diese Mehrzahlung bewilligt. Die Forderung ist um so berechtigter, als die Heizkosten der Wohnungen ohne Zentralheizung durch die gleichfalls erhöhten Preise der Brennstoffe sich erheblich erhöht haben.“

So weit die Hausbesitzer. Die Mieter denken natürlich anders. So erhalten wir folgende Zuschrift, die wir, ohne ihre weitgehenden Forderungen zu billigen, wiedergeben, da sie uns für die Stimmung in Mieterkreisen bezeichnend erscheint: „Es ist kennzeichnend, daß die Hausbesitzer die Transportchwierigkeiten bei einem Umzuge zu einer allgemeinen Mieterhöhung benutzen wollen, nachdem sie soeben erst dieselben Transportchwierigkeiten zum Anlaß genommen haben, ihren vertraglichen Verpflichtungen (Heizung und Warmwasser) nicht nachzukommen. Auch ist es vielleicht angebracht, daran zu erinnern, daß sich die Hausbesitzer gerade jetzt unter Berufung auf ihre durch den Krieg geschaffene Notlage an die Städte wenden, um aus den Steuern aller Einwohner, also auch der Mieter, **U n t e r s t ü t z u n g e n** zu erhalten. Sollten die Hausbesitzer bei ihrem unverständlichen Verhalten bleiben, so wäre es wohl angebracht, daß der Bundesrat seine Verordnungen über die **H y p o t h e k e n**, die allein den Hausbesitzern zugute kommen, aufhebt. Wenn der Zeitpunkt so „günstig“ ist, so liegt kein Anlaß vor, ihnen die fälligen Hypotheken weiter zu stunden und unsichere Hypotheken weiter zu 5 v. H. zu belassen, während man für die sichere Kriegaanleihe sogar eine Kleinigkeit mehr erhält.“